

# Sven Giegold will mehr Kooperation

Grünen-Europaabgeordneter spricht in Baden-Baden über die Zukunft der EU

**Baden-Baden (BNN).** Auf Einladung der Grünen-Landtagsabgeordneten Bea Böhlen und des Grünen Ortsverbands Baden-Baden besuchte der Grüne Europaabgeordnete Sven Giegold kürzlich die Bäderstadt. Im Gourmetsaal des Kurhausrestaurants hielt er vor rund 60 Gästen einen Vortrag unter dem Titel „Welche Zukunft hat die Europäische Union?“

„Eine vertiefte  
Integration ist notwendig“

Die Europäische Union, so Giegold einleitend, stehe heute erfolgreicher und gefestigter da als noch vor einem Jahr. Allen Befürchtungen zum Trotz setzten sich bei den Wahlen in Frankreich, Österreich und den Niederlanden die pro-europäischen Kräfte durch. Auch angesichts des Brexits und des Wahlsiegs von Donald Trump sei die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung wieder angestiegen. Doch, so warnt Giegold, sei dies kein Grund, so weiterzumachen wie bisher. Denn die Europäische Integration werde von den Menschen heute kritischer gesehen als früher und die Gefahr des Rechtspopulismus sei allgegenwärtig. Der Europaabgeordnete identifizierte



*SVEN GIEGOLD fordert eine weitere Demokratisierung der EU. Foto: Bongartz*

drei Grundprobleme der Europäischen Politik: erstens die Abkehr von europäischen Grundwerten, wie beispielsweise in Polen zu beobachten sei, zweitens die Auswirkungen der Eurokrise, die zu einer vertieften wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen den südlichen und

nördlichen Mitgliedstaaten geführt hat, und drittens die Flüchtlingskrise, die zusätzlich zu einer Ost-West-Spaltung der Union beitrug. Vor diesem Hintergrund sei der Rückzug auf den Nationalstaat als alleinigen Akteur eine vermeintliche Lösung.

Im Gegenteil sei eine vertiefte Integration und Kooperation notwendig, was sich im Blick auf die bisherigen Erfolge der EU-Politik wie beispielsweise im Bereich Datenschutz zeige. Eine vertiefte Integration müsse jedoch, erklärte Giegold, mit einem weiteren Ausbau von Demokratie und Transparenz einhergehen und mehr Gemeinschaftsprojekte wie Infrastrukturinvestitionen oder europäische Stromnetze angehen. Ebenso zentral sei die Einführung sozialer Mindeststandards, für die es bislang keine EU-Regelungen gebe. Ohne eine weitere Demokratisierung der EU werde es schwer mit der Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger. Vor diesem Hintergrund sei es zu bedauern, dass das Angebot des französischen Präsidenten Macron nach mehr Kooperation und mehr europäischer Demokratie im frisch ausgehandelten Koalitionsvertrag der GroKo quasi abgelehnt werde.

Die EU müsse den Mut haben, Probleme zu benennen, resümierte Giegold. Abschließend wurde rege diskutiert.